

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 16.09.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Axel Peters

Herr Marco Schröder

Mitglieder

Frau Kerstin Chill

Herr Frank Fanter

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Mathias Miseler

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Achim Stuhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Mario Hilbert

Herr Heino Tanschus

Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0019/2020

- 4.2** An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler Ordnungsdienst" / B 0032/2019
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0266/2019
- 4.3** Leitfaden für das Planungsquartiersmanagement in der Hansestadt Stralsund
Vorlage: ZU 0023/2020
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau von Allwörden schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.3 zu tauschen.

Sie stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung

Die Abarbeitung der Punkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.08.2020 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: AN 0019/2020

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die in der letzten Sitzung des Ausschusses vorgestellte Variante, mit einem längs angeordneten Parkplatz im Frankendamm und zwei versetzt angeordneten Stellflächen in der Klosterstraße zu empfehlen.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler Ordnungsdienst" / B 0032/2019
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0266/2019

Gäste: Frau Undine Segebarth, Herr Peter Bischoff

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Gästen Rederecht zu erteilen.

Zu Beginn weist Frau von Allwörden darauf hin, dass im Haushalt 2020 der Hansestadt Stralsund über 300.000€ für Jugend- und Sozialarbeit eingeplant sind. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung.

Herr Tanschus führt in die Thematik ein. Rückblickend erklärt er, dass das Konzept zum Kommunalen Ordnungsdienst in mehreren Sitzungen beraten wurde. Im Rahmen der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt durch die Bürgerschaft wurde auch der Stellenplan mit den für den KOD vorgesehenen Stellen beschlossen.

Der KOD soll für höhere Präsenz der Stadtverwaltung in den einzelnen Stadtteilen sorgen, da es danach eine hohe Nachfrage von Bürgern gibt. Außerdem sollen im Bereich der Stadtteilarbeit die einzelnen Akteure vernetzt und Projekte aufgelegt werden. Herr Tanschus betont, dass Kriminalitätsvorbeugung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. In diesem Zusammenhang wurde auch der Kommunale Präventionsrat um einige Mitglieder erweitert. In dem Rat sind jetzt auch Vertreter der Wirtschaft und zweier Sportvereine Mitglied.

Jugend- und Schulsozialarbeit leistet die Hansestadt Stralsund, im Gegensatz zu den pflichtigen Aufgaben aus dem Ordnungsbereich, freiwillig. Dennoch wurden in den Haushalt 2020 307.000€ für diesen Bereich eingestellt. Berücksichtigt sind dabei noch nicht die Zuschüsse für die Jugendkunstschule und das Theaterpädagogische Zentrum.

Die angestrebte Ausweitung der Stadtteilarbeit und der KOD, der repressiv und präventiv wirken soll, sollen die Stadt sicherer und lebenswerter machen.

Frau von Allwörden bittet Frau Segebarth vom Polizeihauptrevier Stralsund um Ausführungen, welche Arbeit die Polizei im Bereich Kriminalprävention leistet.

Frau Segebarth erklärt, dass die Polizei über Präventionsberater verfügt, die nach Anforderung an die Schulen fahren und dort Themen wie Mobbing oder Drogen bearbeiten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Polizeibeamte auf Elternabenden zum Thema Drogen referieren, dann im repressiven Bereich.

Weiterhin verfügt das Hauptrevier über 5 Kontaktbeamte, die direkt auf der Straße am Bürger tätig sind. Diese arbeiten eng mit der Stadtverwaltung zusammen und dienen als Ansprechpartner.

Außerdem gibt es Beratungsangebote für Senioren.

Es liegt das Angebot vor, sollte der KOD anlaufen, gemeinsam mit der Polizei Streife zu laufen. So soll den Mitarbeitern Sicherheit gegeben und das Vorhaben gut von den Bürgern angenommen werden.

Frau Lüdecke vom Seniorenbeirat teilt mit, dass sie Mitglied der „Wachsam“ ist. Die Gruppe spielt älteren Menschen beispielsweise vor, wie bei einem Enkeltrick vorgegangen wird, damit diese auf den Betrug nicht hereinfallen.

Herr Bischoff vom Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund informiert, dass der Verein beispielsweise ein theaterpädagogisches Stück für Drittklässler gegen sexuelle Gewalt durchführt.

Seit dem letzten Jahr gibt es das Projekt „Sicher in Stralsund“, bei dem das Hauptaugenmerk auf Trickbetrügereien gegenüber Senioren liegt. Dieses soll ausgeweitet werden, da nicht nur Senioren Opfer von Trickbetrügern werden. Zu dem Projekt werden Flyer ausgelegt und es gibt eine entsprechende Website.

Der Selbstverteidigungskurs für Frauen kann momentan nicht durchgeführt werden, soll aber wieder aufgelegt werden.

Zur Arbeit des Kommunalen Präventionsrates ergänzt Herr Tanschus, dass die Aufgabe des Rates darin besteht, kriminalpräventiv in der Hansestadt tätig zu sein. Der Rat wurde gegründet, als Stralsund noch kreisfrei war. Es wurde sich bewusst dafür entschieden, den Kommunalen Präventionsrat auch nach der Kreisgebietsreform beizubehalten. Ziel ist es, verschiedene Akteure, die mit den Themen Kriminalität und Kriminalitätsprävention zu tun haben, miteinander zu vernetzen.

Feste Mitglieder sind:

- Frau Segebarth (Polizeihauptrevier)
- Ein Vertreter des Kriminalkommissariats
- Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft
- Herr Suckow (Stralsunder Mittelstandsvereinigung)
- Zwei Sportvereine
- Herr Bischoff (Verein zur Kriminalitätsprävention)
- Ein Vertreter des Jugendamtes
- Frau Dr. Gelinek

In den Sitzungen selbst wird geschaut, wo in der Stadt die Probleme liegen und wie mit den Akteuren ganzheitlich auf diese reagiert werden kann.

Der Senator weist darauf hin, dass es in der Kriminalprävention keine Standardlösungen gibt, sondern dass komplexe Problemfälle komplexe Lösungen brauchen.

Herr Peters erfragt, in welchen Bereichen es Probleme mit Jugendlichen gibt, da dies in dem vorliegenden Antrag besonders hervorgehoben worden ist.

Auf die Frage von Herrn Peters antwortet Herr Tanschus, dass es momentan kein ernstes Problem bezogen auf Jugendkriminalität in Stralsund gibt. Probleme gibt es in bestimmten Bereichen mit Vandalismus. Hier sind die Täter allerdings nicht ausschließlich Jugendliche.

Frau Segebarth stimmt den Ausführungen des Ordnungsamtsleiters zu. Es gibt immer mal wieder Probleme im Bereich des Kinder- und Jugendnotdienstes mit auffälligen Heranwachsenden. Diese werden vom Jugendamt zum Teil in andere Bundesländer oder sogar ins Ausland vermittelt.

Bei einem Besuch der Bundestagsabgeordneten Frau Claudia Müller in der Polizeiinspektion wurde ihr mitgeteilt, dass Streetworker in den Stadtteilen fehlen und die Jugendkriminalität extrem zugenommen hat.

Frau Segebarth geht davon aus, dass es zu diesem Zeitpunkt die angesprochenen Schwierigkeiten mit Jugendlichen gab, die beim Kinder- und Jugendnotdienst untergebracht waren. Diese Jugendlichen sind in andere Bundesländer vermittelt worden, so dass sich die Situation wieder entspannt hat.

Die Frage, ob es in Stralsund Jugendbanden gibt, verneint die Polizeirätin.

Frau von Allwörden fasst noch einmal zusammen:

1. Die Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes wurde durch die Bürgerschaft beschlossen.
2. Es gibt Präventionsangebote in den unterschiedlichsten Formen.
3. Die Bürgerschaft hat den Haushalt 2020 mit über 300.000€ für Jugendsozialarbeit beschlossen.
4. Außerdem werden weitere Projekte zusätzlich gefördert.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag AN 0266/2019 wie folgt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0266/2019 nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

zu 4.3 Leitfaden für das Planungsquartiersmanagement in der Hansestadt Stralsund Vorlage: ZU 0023/2020

Herr Hilbert führt aus, dass die Aufgabe für die Erarbeitung eines Leitfadens für das Quartiersmanagement der Abteilung Planung und Denkmalpflege übertragen wurde. Dort werden die Städtebauförderung und das Programm "Die soziale Stadt" abgewickelt.

Der Leitfaden wurde aufgrund der übergreifenden Themen und der Komplexität in Zusammenarbeit mit Amt 70 erstellt. So war es möglich, einen Gesamtüberblick über die vielfältige Arbeit in den Quartieren zu erhalten. Außerdem wurden die bisherige Finanzierung und die enormen Herausforderungen für die künftige Finanzierung dargestellt.

Es liegt bereits ein Zwischenergebnis für die AG „Stadtteilarbeit“ vor, welches in den Fraktionen und zuständigen Ausschüssen vorgestellt wird.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen.

Die Zuarbeit wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Friesenhahn macht auf Fahrradfahrer aufmerksam, die beispielsweise in der Sarnowstraße den Fußweg nutzen und es deshalb zu Konflikten mit Fußgängern kommt. Ein Problem ist die oft überhöhte Geschwindigkeit der Radfahrer. Dieses Problem besteht nicht nur in der Sarnowstraße, sondern auch in vielen Bereichen in der Altstadt.

Herr Peters erfragt, wie der Ausschuss beim Thema Böllerverbot an Silvester weiter zusammenarbeiten wird. Da bei der Ausschussvorsitzenden bisher keine Vorschläge zu dem Thema eingereicht worden sind, bietet sie an, die Vorarbeit zu leisten und einen Vorschlag zu erarbeiten.

Frau Friesenhahn gibt den Hinweis, dass es beispielsweise in Österreich Städte und Dörfer gibt, die das Abrennen von Feuerwerkskörpern komplett untersagen und eine Lasershow zeigen.

Frau von Allwörden erklärt, dass sich der Ausschuss vorrangig mit der Frage beschäftigt, ob privates Feuerwerk in der Altstadt zulässig bleiben soll. Da ein generelles Verbot in der Bürgerschaft bisher überwiegend kritisch gesehen wird, geht es darum, Alternativen zu entwickeln.

Frau Friesenhahn ergänzt, dass ein Verbot nur mit Hilfe von Kontrollen durchzusetzen ist.

Frau von Allwörden schließt den Tagesordnungspunkt.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Ann Christin von
Allwörden
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung